

Schweiz

Die Hobbits kommen ins Heidiland

Der Deutsche Bernd Greisinger bringt die Fantasiewelt von J. R. R. Tolkien in die Bündner Herrschaft: Sein unterirdisches Museum in Jenins wird nächstes Jahr eröffnet.

Von Stefan Häne

«Mittelerde» liegt in der Heimat von Heidi: In Jenins, einem 850-Seelen-Dorf in der Bündner Herrschaft, baut der 48-jährige Bernd Greisinger auf seinem Anwesen ein unterirdisches Hobbit-Museum, das die Fantasiewelt von J. R. R. Tolkien möglichst authentisch abbilden soll. Inspiriert wurde der Bau unter anderem durch den Film «Der Herr der Ringe», dessen Fortsetzung - «The Hobbit» - am Donnerstag in den Schweizer Kinos startet.

Das Museum, rund 300 Quadratmeter gross, soll Kunst, Literatur und Sammlungsstücke vereinigen sowie Bibliothek und Erlebnispark sein, wie die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» in ihrer gestrigen Ausgabe schreibt. Greisinger selber spricht von der «Greisinger Mittelerde Collection, der weltweit grössten und bedeutendsten ihrer Art». In früheren Jahren kaufte er monatlich für Zehntausende von Franken irgendwelche Stücke mit Bezug zu Tolkien und Mittelerde. Das Resultat: mehr als 3000 Bücher und über 600 Gemälde. «Die Besucher sollen sich wie in Mittelerde fühlen», sagt Greisinger. So werden sie beispielsweise in der nachgebauten Höhle des Hobbit übernachten können oder Figuren aus «Der Herr der Ringe» in Lebensgrösse begegnen.

2,5 Millionen Franken investiert

Die Bauarbeiten haben 2008 begonnen und sind weit fortgeschritten. Die Eröffnung ist für kommenden Herbst geplant. «Mir macht es Spass, den Leuten Freude zu machen», sagt Greisinger, der bis dato 2,5 Millionen Franken in das Projekt investiert hat. Wie viel der Eintritt kosten wird, hat er noch nicht festgelegt. Es gehe ihm nicht darum, Profit aus dem Museum zu schlagen.

Das sagt einer, der selber genug Geld hat. Greisinger, er stammt aus Mainz, avancierte als Fondsmanager nach 2000 zu einem gefeierten Börsenstar, der Millionen verdiente. Mit dem Beginn der Finanzkrise sei ihm 2008 die Lust auf seinen Job aber vergangen, sagt er. Beschleunigt hat seinen Ausstieg der Madoff-Skandal; von dessen Folgen war ein Teil seiner Fonds stark betroffen, wofür er «viel Geld» verlor, wie er sagt. Weiter dazu äussern will er sich nicht, die Geschichte scheint ihm lästig.



Wie in Peter Jacksons Verfilmung von «Der Herr der Ringe»: Der Eingang zum Greisinger-Museum in Jenins. Fotos: PD

Greisinger fühlt sich in der Welt der Fabelwesen offenkundig wohler als in jener der Finanzhaie: Aus seinen Worten spricht Begeisterung für das Projekt, das sein Lebensinhalt geworden ist. Schon als Kind haben ihn Fantasy-Geschichten fasziniert. Mit 30 Jahren begann er, Fantasy-Rollen zu spielen, ganze Wochenenden lang. Nicht nur daheim. Auch in der freien Natur: als Magier, Ritter, Krieger.



Bernd Greisinger fühlt sich in der Welt der Fabelwesen wohl.

Greisinger wohnt mit seiner Frau seit neun Jahren in der Schweiz, seit 2008 in Jenins, zuvor in Maienfeld. Die Baubewilligung für das Museum hat er problemlos erhalten. Über seine Pläne hat er die Bevölkerung noch nicht informiert. Er werde dies womöglich nachholen.

«Kein Bezug zu Graubünden»
Baseli Werth (CVP), Gemeindepräsident von Jenins, äussert sich vorsichtig zu Greisingers Vorhaben, da er dieses noch nicht im Detail kennt. Dass ein Hobbit-Museum dereinst Besucher aus aller Welt anziehen könnte, hält Werth für verlockend, solange das Projekt «unsere Möglichkeiten nicht sprengt», also zu keiner Verkehrsflut führt. Wie etwai-

ger Mehrverkehr im idyllischen Dorf geregelt würde, «müssten wir im Detail regeln», so Werth. Wo die Besucher parkieren werden, ist noch nicht klar. Greisinger wird deshalb das Gespräch mit den Behörden suchen. Und er versichert, «keine hohe Verkehrsbelastung» in Jenins verursachen zu wollen.

Auch die Tourismusorganisation Graubünden Ferien konnte das Projekt noch nicht selber studieren und bleibt deshalb zurückhaltend: Sprecher Gieri Spescha sagt, jede Attraktion, die touristische Impulse gebe, sei zwar grundsätzlich interessant. Allerdings habe ein Hobbit-Museum keinen speziellen Bezug zu Graubünden. «Es kann irgendwo auf der Welt stehen», sagt Spescha. Anders die legendäre Kinderbuchfigur Heidi. «Sie ist authentisch und gehört zur Bündner Herrschaft.»

Gegen die Ausfuhr von Todesgift

Der Bund will verhindern, dass Schweizer Firmen zum Vollzug von Hinrichtungen beitragen: Er erwägt strengere Exportregeln für Pharmaunternehmen.

Von Fabian Renz, Bern

Die Henker in den US-Gefängnissen scheinen mit Nachschubproblemen zu kämpfen: Die Zutaten für die Giftmischung, die den zum Tode Verurteilten gespritzt wird, sind gemäss Medienberichten seit einigen Jahren immer schwerer erhältlich. Grund dafür sind unter anderem die verschärften Ausfuhrbestimmungen der EU: Seit 2011 figurieren die verwendeten Barbiturate (Betäubungsmittel) in der Anti-Folter-Verordnung der Union und dürfen nicht mehr frei exportiert werden.

Die Schweiz hingegen kennt noch keine solchen Schranken. Zwar verbieten die massgeblichen Gesetze die Ausfuhr von Arznei- und Betäubungsmitteln, wenn diese offensichtlich für missbräuchliche oder widerrechtliche Zwecke gedacht sind. Da aber die Todesstrafe in Ländern wie den USA legal ist, bietet das Schweizer Gesetz keine Handhabe gegen den Barbiturat-Export. Und der Bundesrat sah bisher davon ab, rechtlich mit der EU gleichzuziehen.

Nun hat er seine Meinung geändert oder zumindest modifiziert: Er beantragt die Annahme einer Motion von Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH), die eine entsprechende Gesetzesverschärfung fordert. Zwar sieht die Regierung «keinen dringenden Handlungsbedarf», da sie auf das «eigenver-

antwortliche Handeln der betroffenen pharmazeutischen Unternehmen» setzt. Auch zweifelt der Bundesrat, ob Schmid-Federers Lösungsvorschlag wirklich zum Ziel führt: Die Nationalrätin möchte im Heilmittelgesetz Exporte untersagen, wenn «aus den Umständen erkennbar ist», dass die Stoffe für Hinrichtungen bestimmt sein könnten. Der Bundesrat unterstützt aber das «grundsätzliche Anliegen» der Motion und will alle «Handlungsoptionen prüfen».

Branchenverbände uneinig

Ob und wie viel Barbiturat von der Schweiz aus exportiert wird, ist schwerlich zu eruieren: Statistiken hierzu gibt es offenbar nicht. Im Februar berichtete die «SonntagsZeitung» über zwei Giftlieferungen in die USA, bei denen Schweizer Firmen involviert waren. Offiziell weiss man weder bei Interpharma (Verband der forschenden Pharmaunternehmen) noch bei Scienceindustries (Wirtschaftsverband der Chemie- und Pharmaindustrie) von Mitgliedern, die mit den verpönten Stoffen handeln.

Interessanterweise kommentieren die beiden Verbände die bundesrätliche Stellungnahme gegensätzlich. Interpharma hat «aus symbolischen Gründen Sympathien für die Motion», wie Sprecherin Sara Käch festhält. Anders Scienceindustries: Regulierungsbedarf sei nicht gegeben, findet Sprecher Marcel Sennhauser. Schon heute hätten die Firmen kein Interesse daran, als Lieferanten von Todescocktails zu gelten. Und überhaupt: «Auch wir sind gegen Hinrichtungen. Aber es wäre vermessen, anzunehmen, die Schweiz könne mit verschärften Exportregeln zur Abschaffung der Todesstrafe in den USA beitragen.»

Konkurrenz für Piraten

Hacker gründen in der Schweiz einen Ableger des deutschen Chaos Computer Clubs. Sie wollen für mehr Privatsphäre im Internet und Datenschutz kämpfen.

Von David Schaffner, Bern

Die Anliegen sind fast deckungsgleich, und dennoch haben sie das Heu nicht auf der gleichen Bühne: die Piratenpartei und der Chaos Computer Club Schweiz (CCC), den Hacker am kommenden Samstag auf dem Bundesplatz in Bern gründen. Beide Organisationen setzen sich für «informationelle Selbstbestimmung» ein; also für mehr Privatsphäre und Datenschutz im Internet und in IT-Systemen. Dennoch unterscheiden sie sich in den Methoden deutlich.

Im CCC Schweiz organisieren sich Hacker, die sich im Gegensatz zu den Piraten nicht den gesellschaftlichen Konventionen unterwerfen. «Die Mitglieder des CCC hacken aktiv», sagt Piraten-Präsident Thomas Bruderer. «Einen solchen Aktivismus können wir als Partei nicht betreiben.» In Deutschland existiert der CCC seit 1981 und macht regelmässig mit Hack-Aktionen am Rande der Legalität auf sich aufmerksam. «Welche Ideen eine Partei auch propagiert, sie untersteht immer gewissen Sachzwängen», sagt dazu Bernd Fix, der zusammen mit weiteren Personen den Schweizer Ableger gründet. «Solchen wollen wir uns im CCC nicht unterwerfen.» Wie forsch der Schweizer Club auftreten will, war gestern nicht zu erfahren.

In Deutschland wurde er einer breiten Öffentlichkeit bereits 1984 mit einer

Aktion namens Haspa-Hack bekannt: Über ein unsicheres System der Bundespost gelangte ein Mitglied an Zugangsdaten zu einem Account der Hamburger Sparkasse (Haspa) und rief damit einen kostenpflichtigen Dienst des CCC ab. Dabei wurden rund 135 000 Mark überwiesen, welche der CCC nach einer öffentlichen Demonstration der Sicherheitslücke zurückerstattete. Laut Wikipedia lobte die Haspa den Club ausdrücklich für diese Aktion. 2011 machte der deutsche Club auf die Verwendung von Spionage-Software durch das Bundesland Bayern aufmerksam, welche die zuständigen Behörden danach stoppten.

Gegen «Politiker-Fuzzi»

In der Schweiz will sich der Club «als objektiver Bewerter von Technologien» einen Namen machen und sich ähnlich wie Parteien «an Vernehmlassungen beteiligen», wie Bernd Fix erklärt. Darüber hinaus sucht der Club prominente Schweizer, die sich für eine Aktion zur Verfügung stellen: Sie sollen bei ihrem Handyprovider eine Herausgabe der gespeicherten Daten verlangen und dann öffentlich machen, wie viele Daten gesammelt wurden. Damit will der CCC die Menschen dafür sensibilisieren, dass heute in einem problematischen Umfang Daten gespeichert würden.

Zur Piratenpartei geht der CCC in einem Blogbeitrag demonstrativ auf Distanz: Das schlechte Abschneiden der Partei an Wahlen sei nicht zu bedauern, da diese als «Politiker-Fuzzi» kaum gute Verbündete im Kampf gegen den Überwachungsstaat seien. Der Grund: Der Piraten-Vizepräsident Pascal Gloor arbeitete in einer Firma, die angeblich Überwachungssoftware herstellte.

Bundesgeld für Krippen wird knapp

Die Finanzhilfe des Bundes für Kinderkrippen stösst an Grenzen. Seit 2003 wurden 2200 Gesuche bewilligt, und es werden laufend neue Gesuche eingereicht, wie das Innendepartement (EDI) mitteilte. Bisher wurden 39 000 neue Krippenplätze unterstützt. Der noch zur Verfügung stehende Kredit reicht laut EDI wohl nicht aus, um die pendenten und kommenden Gesuche zu bearbeiten. Deshalb erlässt es auf den 1. Januar 2013 eine Prioritätenordnung, mit der eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung der Mittel erreicht werden soll. Für die vier Jahre vom 1. Februar 2011 bis zum 31. Januar 2015 standen 120 Millionen Franken zur Verfügung. Davon sind noch 34 Millionen übrig.

Bisher wurden die Gesuche nach dem Prinzip «first come - first served» behandelt, unabhängig davon, aus welchem Kanton sie stammten. Dies hat dazu geführt, dass in einigen Kantonen das Krippenangebot sehr aktiv ausgebaut wurde, in anderen hingegen weniger. Gemessen am Anteil der Kinder an der Bevölkerung profitierten Zürich, Waadt, Zug, Schaffhausen, Basel-Stadt und Neuenburg am meisten von Finanzhilfen. Am Ende der Rangliste stehen Schwyz, Appenzell Innerrhoden sowie Ob- und Nidwalden. Mit der Prioritätenordnung würden nun 80 Prozent des Restkredits für Gesuche aus Kantonen reserviert, aus welchen bisher weniger Gesuche gestellt wurden. Das Gesetz über Finanzhilfen für Krippen ist 2003 in Kraft getreten. Es ist bis zum 31. Januar 2015 befristet. Das Angebot an Krippenplätzen konnte bisher um über 70 Prozent erhöht werden. (SDA)

Nachrichten

Asylgesetz

Keine Sozialhilfe für abgewiesene Antragsteller

Abgewiesene Asylsuchende werden künftig in jedem Fall von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Sie erhalten nur noch Nothilfe. Der Ständerat hat am Montag nachgegeben und dieser Verschärfung des Asylgesetzes zugestimmt. Bereits heute können abgewiesene Asylsuchende von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden, doch ist dies nicht zwingend. Der Ständerat hatte ursprünglich dabei bleiben wollen. Der Nationalrat pochte auf der strengeren Formulierung. (SDA)

Volksrechte

Neue Fristen für Beglaubigung von Unterschriften

Der Nationalrat will die Fristen für die Beglaubigung von Referenden und Initiativen neu regeln. Ziel ist es, Kontroversen wie jene um die gescheiterten Referenden zu den Steuerabkommen zu vermeiden. Dazu sollen zwei Fristen eingeführt werden: eine für die Einreichung der Unterschriften, eine weitere für deren Beglaubigung. Heute ist nur eine Frist festgelegt: Bei Referenden müssen 50 000 Unterschriften samt Stimmrechtsbescheinigung innert 100 Tagen bei der Bundeskanzlei eintreffen; bei Initiativen dauert die Frist 18 Monate. Wie lange die Beglaubigungsfristen dauern sollen, liess der Rat noch offen. (SDA)

Luzern

1500 Schüler demonstrieren gegen Sparprogramm

Der Luzerner Kantonsrat hat gestern vier Stunden über Sparpaket und Budget debattiert, aber noch kaum Entscheide gefällt. Derweil zogen 1500 Schülerinnen und Schüler vor das Ratsgebäude. Die Politiker wurden mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Das vom Regierungsrat vorgelegte Budget 2013 sieht ein Defizit von 10,4 Millionen Franken vor. Im Budget enthalten ist ein Sparpaket von 57,7 Millionen. Unter anderem soll bei der Bildung gespart werden. 2014 sollen die Entlastungseffekte auf 111,8 Millionen erhöht werden. (SDA)

Forschung

Nationaler Innovationspark für die Schweiz

Die Schweiz soll einen nationalen Innovationspark erhalten. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen zum Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz ausgeräumt. Der Park soll auf verschiedene Standorte verteilt werden. (SDA)